



Brüssel, den 2. Oktober 2018
(OR. en)

12678/18

RECH 401
RELEX 805

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Entwurf einer gemeinsamen Ministererklärung anlässlich der Zweiten Ministerkonferenz zur Arktisforschung
– Billigung

1. Die acht arktischen Staaten (das Königreich Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russland, Schweden und die Vereinigten Staaten), neunzehn weitere Staaten (Australien, Belgien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Italien, Japan, die Republik Korea, Neuseeland, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, die Schweiz, Singapur, Spanien, die Tschechische Republik und das Vereinigte Königreich) und der Vertreter der Europäischen Union, denen sich die Vertreter von sechs Organisationen der indigenen Völker der Arktis anschlossen (Aleut International Association, Arctic Athabaskan Council, Gwich'in Council International, Inuit Circumpolar Council, Russian Association of Indigenous Peoples of the North, Saami Council), haben anlässlich der Zweiten Ministerkonferenz zur Arktisforschung, die am 25. und 26. Oktober 2018 in Berlin stattfindet, den Entwurf einer gemeinsamen Ministererklärung erarbeitet.
2. Der Text hat vier Kommentarrunden durchlaufen, in denen die Regierungen und die Vertreter der indigenen Völker der Arktis Gelegenheit zur Abgabe von Bemerkungen hatten. Die letzte Kommentarrunde endete am 24. August 2018. Der derzeitige Textentwurf wurde dahin gehend überarbeitet, dass verpflichtende Formulierungen und potenzielle finanzielle Auswirkungen vermieden werden.

3. Die Kommission hat den Erklärungsentwurf dem Rat am 7. September zur Zustimmung vorgelegt. In der Sitzung der Gruppe "Forschung" vom 10. September hat die Kommission mitgeteilt, dass Kommissionsmitglied Moedas beabsichtigt, die gemeinsame Ministererklärung im Namen der EU zu unterzeichnen.
4. Die Gruppe "Forschung" hat im Wege eines Verfahrens der stillschweigenden Zustimmung am 25. September 2018 Einvernehmen über den Wortlaut des Entwurfs einer gemeinsamen Erklärung erzielt.
5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht,
 - das auf Gruppenebene erzielte Einvernehmen über den Wortlaut des Entwurfs einer gemeinsamen Ministererklärung zu bestätigen und dem Rat vorzuschlagen, dass er den Standpunkt der Europäischen Union zu der genannten Erklärung (Dok. ST 12678/18 ADD 1) auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt annimmt.